

Marionetten der Industrie

Viele Medizinforscher in den USA bekommen Geld von Pharmafirmen, deren Produkte sie untersuchen. Die staatliche Gesundheitsbehörde lässt sie gewähren – denn auch ihre Mitarbeiter erfreuen sich an den Zuwendungen der Industrie.

Von Charles Seife

Als Robert Lindsay in den frühen 1970er Jahren beschloss, Medizinforscher zu werden, ging es ihm nicht um Geld. Er interessierte sich für die Wirkung von Hormonen aufs Knochengewebe – damals eher ein Nischenthema. Er hoffte, damit wissenschaftliche Reputation zu erwerben und zudem tausenden Patienten mit der Krankheit Osteoporose zu helfen. Bei diesem Leiden verschleißten die Knochen schneller, als sie regenerieren, was das Skelett zunehmend schwächt.

Wie Osteoporose entsteht, war in den 1970ern weitgehend unbekannt, aber es gab Grund zur Annahme, dass Hormone dabei eine Rolle spielen. So tritt die Krankheit bei einigen Frauen kurz nach den Wechseljahren auf, wenn ihr Hormonspiegel drastisch sinkt. Falls diese Veränderung in der Körperchemie das Gleichgewicht zwischen Knochenauf- und -abbau stört, folgerte Lindsay, ließe sich die Krankheit vielleicht mit Hormonpillen behandeln. In einer kleinen Klinik im schottischen Glasgow startete er eine innovative Studie. Als einer der Ersten testete er dort, ob sich Knochenschwund bei Frauen per Östrogensersatztherapie behandeln lässt. Damit nahm seine Karriere ihren Lauf.

Sein nächstes Projekt war bereits von beträchtlicher kommerzieller Tragweite. 1984 – er arbeitete inzwischen am Helen Hayes Hospital, einer Rehaklinik nördlich von New York – veröffentlichte er Forschungsergebnisse über das östrogenhaltige Medikament Premarin. Sie legten nahe, dass Millio-

nen Osteoporosepatientinnen von dem Mittel profitieren würden. Pharmaunternehmen horchten auf. Insbesondere der Hersteller des Präparats, die Wyeth-Ayerst Laboratories, wurde auf Lindsay aufmerksam. Das Unternehmen warb ihn als Autor des Videofilms »Osteoporosis: A Preventable Tragedy« (Osteoporose, eine vermeidbare Tragödie) an.

Vorkämpfer der Industrie

Mitte der 1990er Jahre, als Wyeth in einen Patentstreit über Premarin geriet, stand Lindsay fest an der Seite des Unternehmens. Er sprach sich gegen die Zulassung eines Nachahmermittels mit dem gleichen Wirkstoff aus (eines so genannten Generikums). Es hätte Patientinnen den Zugang zur Therapie erleichtert, aber den Umsatz von Premarin geschmälert. Lindsay argumentierte, dass wirkstoffgleiche Kopien möglicherweise schlechter seien als das Markenmedikament. Damit lag er auf der Linie des Unternehmens, wobei dieser Einwand mitunter tatsächlich zutreffen kann. In den folgenden Jahren führte er seine engen Beziehungen zu Wyeth und anderen Pharmafirmen fort, manchmal im Verborgenen. Lindsay verdiente enorm daran; allein vom Hersteller Eli Lilly, dessen Produkte er in Studien untersuchte, erhielt er mehr als 100 000 Dollar. Und die Unternehmen profitierten ihrerseits von seinen Forschungen.

Der eigentliche Skandal daran ist nicht so sehr, wie Lindsay sich verhalten hat, sondern dass sein Fall typisch ist. In den zurückliegenden Jahren hat die Pharmaindustrie neue Wege gefunden, um unabhängigen Wissenschaftlern, deren Forschung die Produkte der Unternehmen betrifft, große Geldsummen zukommen zu lassen. Häufig sind die Beträge so hoch, dass der Begünstigte damit einem seiner Kinder das Studium finanzieren kann, was speziell in den USA oft äußerst kostspielig ist. Nicht nur Medikamentenhersteller und Forscher beteiligen sich an diesem dubiosen Tauschhandel, sondern auch Fachzeitschriften, Berufsverbände und Institutionen, die Fördermittel verwalten.

Das Prinzip »Eine Hand wäscht die andere« äußert sich in vielen Formen. Medikamentenhersteller bezahlen den Forschern etwa Reisen zu Veranstaltungen, oft erster Klasse. Dort präsentieren die Wissenschaftler unter anderem Vorträge und Abbildungen, die vom Geldgeber erstellt wurden.

AUF EINEN BLICK

EINE HAND WÄSCHT DIE ANDERE

1 In den USA pflegen viele Wissenschaftler **enge finanzielle Beziehungen** zu Medikamentenherstellern, die von den Ergebnissen ihrer Forschungen profitieren.

2 Der US-Kongress hat den **Physician Payments Sunshine Act** verabschiedet. Das Gesetz verpflichtet Pharmaunternehmen und Medizingerätehersteller dazu, Zahlungen an Ärzte offenzulegen.

3 Jedoch unternimmt die staatliche Gesundheitsbehörde – die Fördergelder in Milliardenhöhe verteilt – kaum etwas, um **Interessenkonflikten** der Empfänger nachzugehen. Auch wissenschaftliche Einrichtungen lassen hier wenig Eifer erkennen, ebenso wie die Forscher selbst.



CONI MONTRES

Ab wann sind Medizinforscher fremdgesteuert? Wer Pharmagelder in sechsstelliger Höhe kassiert, überlegt wohl zweimal, bevor er die Unternehmen oder ihre Produkte kritisiert.

Zudem findet sich eine spezielle Art von Ghostwriting: Pharmaunternehmen lassen Artikel schreiben und bezahlen Wissenschaftlern ein Honorar, damit diese als »Gastautoren« den eigenen Namen daruntersetzen und den Artikel bei einer Fachzeitschrift einreichen. Eine verbreitete Praxis der Firmen ist auch, renommierte Forscher als Berater anzustellen. »Diese glauben dann oft, das Unternehmen sei an ihrem Wissen interessiert – tatsächlich aber möchte es sich mit ihrem Namen schmücken«, erklärt Marcia Angell, frühere Chefredakteurin des »New England Journal of Medicine«.

Die Spur des Geldes

Das wirft gewaltige Probleme auf. Ob ein Medikament zugelassen werden sollte oder nicht, lässt sich nur mittels unabhängiger Forschung vernünftig entscheiden. Wenn Arzneimittel anders wirken als in der Werbung versprochen, wenn sie wieder vom Markt genommen oder sogar als gefährlich eingestuft werden, dann sind oft Daten selektiv veröffentlicht worden, und es hat Zahlungen an Wissenschaftler gegeben. Vor einigen Jahren verklagten Patienten den Medikamentenhersteller Wyeth wegen der mutmaßlichen Nebenwirkungen seines Hormonmittels Prempro – unter anderem ein erhöhtes Krebsrisiko. Die Untersuchungen drehten sich schon bald darum, wie die Firma es mit Ghostwritern und Gastautoren hielt. Als das Pharmaunternehmen Merck im September 2004 entschied, sein Schmerzmittel Vioxx vom Markt zu nehmen – es war mit einem erhöhten Risiko für Herz-Kreislauf-Probleme in Verbindung gebracht worden –, kam ebenfalls das Thema Geld auf. Forscher hatten sich anscheinend für eine Vioxx-Studie anwerben lassen, die von Merck mitfinanziert wurde, und zwar nachdem das Unternehmen bereits die Datenauswertung abgeschlossen hatte.

Tief blicken ließ auch eine Studie, die 2010 im »British Medical Journal« erschien (siehe Kasten rechts). Ihr zufolge waren 87 Prozent der Forscher, die dem Diabetesmedikament Rosiglitazon ein positives Urteil ausstellten – obwohl es schon lange unter Verdacht steht, das Herzinfarktrisiko zu steigern –, finanziell mit Herstellern dieses Mittels verbandelt. Die US-Arzneimittelbehörde FDA setzte einen Ausschuss ein, der darüber debattierte, ob Rosiglitazon vom Markt genommen werden solle. Später stellte sich heraus, dass auch Mitglieder dieses Gremiums Pharmagelder erhalten hatten.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft versucht, solchen Interessenkonflikten mit Transparenz zu begegnen. Zeitschriften, Fördereinrichtungen und Berufsverbände verlangen von Forschern, finanzielle Beziehungen offenzulegen, die deren Objektivität beeinflussen könnten. Dies dient als Ermessensgrundlage dafür, ob eine Studie ethisch einwandfrei ist und wie vertrauenswürdig ihre Ergebnisse erscheinen. Das System setzt auf das Ehrgefühl der Forscher. Häufig verschweigen die Betroffenen jedoch ihre Interessenkonflikte – unter anderem, weil sie sich der Problematik gar nicht bewusst sind. Auch lässt sich oft nur schwer sagen, ab wann ein Forscher gegen die Regeln verstößt. Denn was er angeben soll, hängt unter anderem vom Thema und der Fachzeitschrift ab.

Theoretisch gibt es weitere Sicherungen. So sollen nicht nur die Forscher Interessenkonflikte offenlegen, sondern auch ihre Arbeitgeber. Geschieht das nicht, ist in den USA die Gesundheitsbehörde National Institutes of Health (NIH) gefordert, die den Großteil der Forschungen finanziert. Leider funktioniert all das nur unbefriedigend. »Institutionen schauen häufig weg, oder ihre Richtlinien sind unzureichend«, erklärt Adriane Fugh-Berman, Professorin am Fachbereich für Pharmakologie und Physiologie der Georgetown University (Washington). Obendrein scheitern die NIH daran, schärfere Ethikgesetze gegen den finanziellen Einfluss der Pharmaindustrie durchzusetzen. Nicht nur das: Die Behörde verstößt anscheinend sogar selbst gegen die Gesetze.

Der US-Kongress hat versucht, die Korruption in der klinischen Forschung einzudämmen. 2010 verabschiedete er den Physician Payments Sunshine Act. Laut diesem Gesetz sind alle Pharmaunternehmen und Medizingerätehersteller in den USA jetzt dazu verpflichtet, Gelder anzugeben, die sie Ärzten zukommen lassen. Da die meisten Medizinforscher als Ärzte arbeiten, könnten diese Angaben dabei helfen, Interessenkonflikte bei Fördergeldbeziehern zu erkennen. Wenn die Informationen jedoch nicht verwertet werden – und danach sieht es in vielen Fällen aus –, sind sie nutzlos.

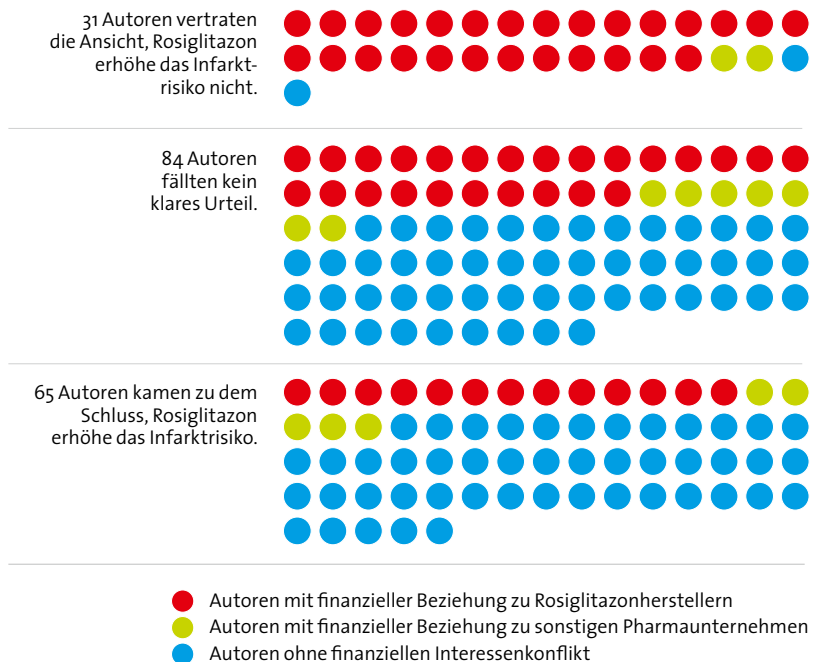
Die NIH verteilen jährlich Milliarden US-Dollar an Medizinforscher. Den geltenden Bestimmungen zufolge haben die Empfänger etwaige Interessenkonflikte offenzulegen und zu erklären, wie sie damit umgehen. Wer dies missachtet, verstößt gegen das Gesetz. Damit scheint alles klar, aber in der Praxis ist es das keineswegs. Häufig spürt die Behörde den finanziellen Beziehungen von Wissenschaftlern nur unzureichend nach und wälzt die Verantwortung dafür auf andere Institutionen ab. Als ich mit NIH-Vertretern darüber reden wollte, stieß ich auf kollektives Abwiegeln.

Besonders deutlich zeigte sich das am Fall Robert Lindsay. Dieser hatte, trotz seiner finanziellen Beziehungen zur Pharmaindustrie, in den Jahren 2005 bis 2011 mehrere Millionen Dollar an Fördermitteln von den NIH erhalten. Danach befragt, weigerte sich eine Sachbearbeiterin der NIH, Kopien bestimmter Schriftstücke vorzulegen. In diesen gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen muss Lindsays Arbeitgeber versichern, etwaigen Interessenkonflikten seiner Mitarbeiter ordnungsgemäß nachzugehen. Die Sachbearbeiterin erklärte mir lediglich, dass alles seine Richtigkeit habe. Einschlägige Dokumente, die ich unter Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz Freedom of Information Act anforderte, enthielten keinen Hinweis auf finanzielle Verstrickungen. Nichts in ihnen deutete darauf hin, dass Lindsay von den Pharmafirmen, über deren Produkte er forschte, Geld erhielt. Die von mir befragten NIH-Mitarbeiter wollten sich nicht dazu äußern, ob sie diese Sache überprüft hätten.

Vor einigen Jahren wurden dem US-Ministerium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste (Department of Health and Human Services) interne NIH-Dokumente zugespielt. Ihnen zufolge behindern ranghohe Mitarbeiter der Behörde Untersuchungen, die sich um mögliche Interessenkonflikte

Wes Brot ich ess, des Lied ich sing

Inwieweit werden Wissenschaftler in ihrem fachlichen Urteil von finanziellen Beziehungen beeinflusst? Um dies herauszufinden, befassten sich Forscher der Mayo-Clinic in Rochester, US-Bundesstaat Minnesota, mit dem Diabetesmittel Rosiglitazon. Dessen Einnahme führt laut einer Metaanalyse zu einem erhöhten Herzinfarktrisiko. Die Forscher untersuchten Fachartikel, in denen diese Metaanalyse zitiert wurde. Dabei stellten sie fest, dass Autoren, die einem Interessenkonflikt unterlagen, das Medikament überdurchschnittlich oft positiv beurteilten. »Welchen Standpunkt die Autoren in der Rosiglitazon-Debatte einnahmen, hing deutlich davon ab, welche finanziellen Beziehungen sie zu Pharmaunternehmen unterhielten«, steht in der Studie von 2010.



GRAPH: JEN CHRISTENSEN, NACH WANG, A.T. ET AL.: ASSOCIATION BETWEEN INDUSTRY AFFILIATION AND POSITION ON CARDIOVASCULAR RISK WITH ROSIGLITAZONE: CROSS SECTIONAL SYSTEMATIC REVIEW. IN: BMJ 340.5: C3144, 2010

von geförderten Wissenschaftlern drehen. In einer Notiz heißt es etwa: »Wir sollten den Einzelheiten über die Art des Konflikts, oder wie er gehandhabt wurde, nicht weiter nachgehen, außer wenn ein hinreichendes programmatisches Interesse daran vorliegt.«

Verbreitete Unsitte

Lindsays Fall scheint keine Ausnahme zu sein. Landesweit forschen Wissenschaftler in staatlich geförderten Projekten und erhalten zugleich Geld von Pharmaunternehmen. Meine Studenten und ich wollten uns einen Eindruck davon verschaffen, um welche Summen es hier geht. Dazu griffen wir auf eine Datenbank zurück, die sämtliche bewilligten NIH-Förderungen der Jahre 2009 und 2010 dokumentiert. Weiterhin nutzten wir eine Datenbank der investigativen Journalistengruppe ProPublica, die Zahlungen von Medikamentenherstellern auflistet und Rückschlüsse darauf erlaubt, wer auf den Gehaltslisten der Firmen steht. Wir stellten fest, dass eine Hand voll Pharmaunternehmen allein im Bundesstaat New York 1,8 Millionen Dollar an Personen gezahlt hatten, die auch Fördergelder von den NIH bezogen – Honorare für Vorträge, Beraterdienste und andere Leistungen. Und das sind nur die Beträge, die wir identifizieren konnten; in Wirklichkeit ist wohl noch viel mehr Geld geflossen.

Nicht nur Fördermittelempfänger erfreuen sich am Geldregen der Pharmaindustrie, sondern auch Mitarbeiter der NIH, die über die Förderung von Wissenschaftlern entscheiden. Dies können wir mit Hilfe der ProPublica-Datenbank belegen. Alles in allem fanden wir zirka 70 Mitglieder von NIH-Beratungsausschüssen, die zusammen mehr als eine Million

Dollar von Medikamentenherstellern kassiert hatten, etwa für Auftritte als Redner und für Beraterdienste. Der Verdacht liegt nahe, dass zumindest einige dieser Zahlungen gegen staatliche Ethikregeln verstoßen haben. Denn Personen in den genannten Ausschüssen dürfen sich nicht an Entscheidungen beteiligen, die eine Organisation betreffen, von der sie erhebliche Bezüge erhalten.

Das Problem reicht somit viel tiefer als nur bis zu den Medizinforschern: Die Gelder der Pharmaindustrie sind bereits in die US-Gesundheitsbehörde selbst eingesickert. Falls die Behörde das wusste und nichts dagegen unternahm, hätte sie gegen die Gesetze verstoßen. Um dies zu klären, forderte ich im Rahmen des Freedom of Information Act weitere Unterlagen an. Aus ihnen wollte ich entnehmen, ob die NIH darüber informiert waren, dass ihre Mitarbeiter Geld von Medikamentenherstellern bekamen – und falls ja, ob sie den entsprechenden Personen weiterhin gestatteten, in den Ausschüssen zu arbeiten. Die Behörde hielt die Dokumente jedoch unter Verschluss. Daraufhin ging ich vor Gericht. Nach neunmonatigem Rechtsstreit entschied ein Bundesrichter, dass ich Einblick in die Unterlagen bekommen müsse.

Aus den Schriftstücken geht unter anderem hervor: Mehrere NIH-Institute sind in den zurückliegenden fünf Jahren keinem einzigen Interessenkonflikt ihrer Mitarbeiter nachgegangen. Noch brisanter sind Dokumente, die sich auf bestimmte Ausnahmeregelungen beziehen. Unter speziellen Umständen können die NIH nämlich einen Regierungsangestellten, etwa das Mitglied eines Beratungsausschusses, von Ethikregeln freistellen. Auf Grund meiner Recherchen wusste ich, dass etlichen Personen in NIH-Gremien dies gewährt

worden war; jeder von ihnen hatte mehrere tausend Dollar von Medikamentenherstellern angenommen. Ich verlangte Informationen darüber, denn ich wollte wissen, warum diese Leute weiterhin in den Ausschüssen sitzen durften. Vor allem wollte ich herausfinden, ob bei ihnen ein Interessenkonflikt bestand und wie er konkret aussah.

Die meisten Zahlungen seitens der Pharmafirmen wurden in den Sonderfreistellungen nicht erwähnt. Ein Beispiel hierfür ist Louis Ptáček, der dem nationalen Beirat für neurologische Störungen und Schlaganfallerkrankungen (National Advisory Neurological Disorders and Stroke Council) angehörte. Er erhielt die Erlaubnis, an den Sitzungen des Gremiums teilzunehmen, obwohl er zahlreiche Aktien von Pharmaunternehmen besaß. Die Unterlagen gehen mit keinem Wort darauf ein, dass er als Berater für das Pharmaunternehmen Pfizer mehr 50 000 Dollar kassiert hatte. Auf eine diesbezügliche Anfrage reagierte Ptáček nicht.

Eine Sonderfreistellung für Arul Chinnaiyan vom wissenschaftlichen Beirat des Nationalen Krebsinstituts (National Cancer Institute's Board of Scientific Advisors) enthält keine Informationen darüber, dass er in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 30 000 Dollar vom Medikamentenhersteller GlaxoSmithKline entgegennahm. Chinnaiyan beteuerte, er habe dies den NIH gegenüber offengelegt. Wieso wurde es dann nicht dokumentiert?

Verloren im Unterlagenschungel

Auf meine Nachfrage hin wollten sich die NIH nicht zu Einzelfällen äußern. Eine Mitarbeiterin willigte ein, etwas über die allgemeinen Richtlinien zu sagen, aber nur, wenn ihr Name unerwähnt bleibe. Sie erklärte, dass Vortrags- und Beraterhonorare generell nicht in Sonderfreistellungen aufgeführt werden, sondern in einem separaten Dokument für spezielle Angelegenheiten, in denen sich die Ausschussmitglieder selbst als befangen erklären müssen. Eine andere Mitarbeiterin räumte ein, die Behörde habe es versäumt, mir diese Befangenheitserklärungen vorzulegen.

Das undurchsichtige Vorgehen der NIH und die Geheimniskrämerei der Beteiligten machen eine klare Einschätzung der Vorgänge unmöglich. Zumindest überwacht die Behörde mögliche Interessenkonflikte ihres Personals sehr nachlässig. Wenn Beratungsleistungen etwa auf Befangenheitsdokumente gehören, wie mir gesagt wurde, wieso tauchen sie dann bei manchen NIH-Mitarbeitern eben doch in den Sonderfreistellungen auf? So wie bei Lawrence Stanberry vom wissenschaftlichen Beirat des Nationalen Instituts für Allergien und Infektionskrankheiten (National Institute of Allergy and Infectious Diseases Board of Scientific Counselors), der Geld von GlaxoSmithKline und Starpharma erhielt?

Eine Sonderfreistellung ist keine Kleinigkeit. Sie verleiht Immunität gegenüber gesetzlichen Vorschriften und sollte nur in Einzelfällen und nach sorgfältigem Abwägen gewährt werden. NIH-Mitarbeiter sind dazu verpflichtet, sich mit der staatlichen Ethikbehörde OGE (Office of Government Ethics) abzusprechen, bevor sie eine solche Ausnahme verfügen.



Seit 2005 haben die NIH ihren Ausschussmitgliedern dutzende Sonderfreistellungen gewährt, aber nur dreimal vorschriftsgemäß bei der OGE angefragt. Obendrein hatte keiner dieser drei Fälle mit Ausschussmitgliedern zu tun. Ich wollte wissen, woher dieses Missverhältnis rührt. Die Gesundheitsbehörde antwortete, sie hielte alle staatlichen Auflagen ein. Beweise dafür, dass sie sich gesetzeskonform mit der Ethikbehörde abstimmt, konnte mir niemand präsentieren.

Die NIH haben bisher auch noch nicht die Verantwortung dafür übernommen, finanzielle Verstrickungen bei den von ihr geförderten Forschern zu untersuchen. 2007 beschwerten sich Vertreter des US-Ministeriums für Gesundheitspflege und soziale Dienste darüber, dass die NIH beklagenswert schlecht mit solchen Konflikten umgingen. Darauf erwiderte der damalige NIH-Direktor, es sei nicht Aufgabe der Behörde, zu kontrollieren, ob Wissenschaftler die Ethikgesetze einhielten. »Die Verantwortung dafür, Interessenkonflikte zu erkennen, muss bei der Institution des Fördermittelempfängers liegen«, schrieb er. NIH-Vertretern zufolge verfährt die Behörde noch heute nach diesem Grundsatz.

Doch die Einrichtungen, in denen geförderte Wissenschaftler arbeiten, sind ebenfalls bekannt für ihr eher zurückhaltendes Engagement in ethischen Fragen. Einem Ministeriumsbericht von 2009 zufolge überlassen Organisationen, die Geld von den NIH erhalten, es in 90 Prozent der Fälle dem einzelnen Forscher, auf mögliche Interessenkonflikte hinzuweisen. Selbst Arbeitgeber, die lautstark für Transparenz plädieren, setzen ihre harten Richtlinien intern nur selten durch. 2010 prüfte die Journalistengruppe ProPublica, inwieweit die Stanford University und andere Hochschulen ihren eigenen strikten Ethikregeln gerecht werden. Die Journalisten stießen auf dutzende Fakultätsangehörige, die Pharmagelder kassierten und damit gegen die Vorgaben ihrer Einrichtungen verstießen.

Auch das Helen Hayes Hospital in New York, wo Robert Lindsay arbeitet, scheint die eigenen Ethikrichtlinien nicht besonders ernst zu nehmen. Ich fragte dort an, warum Lindsay Fördermittel von den NIH bezieht, um das Medikament Forteo zu untersuchen – während er zugleich Geld vom Herstellerunternehmen Eli Lilly bekommt. Darauf erhielt ich nur ausweichende Antworten. Mehrere Personen verweigerten das Gespräch, darunter Felicia Cosman, Direktorin für

klinische Forschung an dieser Einrichtung. Nach Angaben von ProPublica lässt auch sie sich ihre Forteo-Studien von den NIH finanzieren, obwohl Eli Lilly ihr mehr als 135 000 Dollar für Vorträge und Beratungsleistungen gezahlt hat.

Wenige Tage nach meinem Anruf bemühte man sich am Helen Hayes Hospital um eine ethische Untersuchung der fraglichen Arbeiten. Die Klinikleitung suchte nach einem unabhängigen Gremium, das prüfen sollte, ob Lindsays Beziehungen zur Pharmaindustrie seine Arbeit beeinflusst hatten. Da sich ein solches Gremium nicht fand, wurde der Prüfungsausschuss der Klinik gebeten, sich der Sache anzunehmen. Lindsay gehört dem Ausschuss an, blieb den Beratungen aber fern. Das Komitee befand, dass Lindsay erhebliche Zahlungen von Eli Lilly erhalten hatte, dies aber keinen Interessenkonflikt darstellte. Ich erfuhr erst Monate später davon, nachdem ich unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz einschlägige Dokumente angefordert hatte.

Wo ist das Problem? Laut Vorschrift gibt es keins!

Das Helen Hayes Hospital hält sich an die NIH-Richtlinien. Demnach muss ein Forscher, der Fördermittel erhält, »alle geldwerten Vorteile in Form von Zahlungen oder Sachleistungen (etwa Beraterhonorare, sonstige Honorare, Reisekosten, Mahlzeiten oder Unterhaltungsangebote), die ein Forschungssponsor gewährt«, melden. Man beachte den letzten Teil der Formulierung. Er schränkt die Bandbreite meldepflichtiger Bezüge entscheidend ein. Da nicht Eli Lilly die Arbeiten von Robert Lindsay sponsert, sondern die NIH, führen die Zahlungen des Pharmaunternehmens laut diesen Richtlinien nicht zu einem Interessenkonflikt. Angesichts jener Regelungen lassen sich überhaupt nur schwerlich Umstände vorstellen, die einen Fördermittelempfänger in einen solchen Zwiespalt bringen könnten.

Forscher können den Einfluss der Pharmagelder nicht aufhalten. Kliniken und Universitäten werden es nicht tun. Die NIH weigern sich, es zu tun. Als Folge davon landen Steuergelder in Millionenhöhe in Forschungsprojekten, deren Objektivität untergraben wird. Der US-Kongress, dem die finanzielle Kontrolle obliegt, ist zutiefst verärgert.

2008 organisierte Senator Charles Grassley aus Iowa eine Reihe von Kongressanfragen. Es ging um Empfänger von NIH-Fördermitteln, die nicht angegeben hatten, dass sie Geld von der Pharmaindustrie bekommen – und deren Universitäten sie dafür nicht zur Verantwortung gezogen hatten. Der bekannteste Fall war Charles Nemeroff, bis vor Kurzem Leiter des Fachbereichs Psychiatrie an der Emory University (Atlanta, USA). Universitätsdokumente belegen, dass Nemeroffs Kontakte zur Pharmaindustrie bereits im Jahr 2000 kritisch hinterfragt wurden. Er erhielt unter anderem Geld vom Medikamentenhersteller SmithKline Beecham, der später in GlaxoSmithKline aufging. 2004 stellte die Emory University fest, dass Nemeroff »zahlreiche Verstöße gegen die Richtlinien zu Interessenkonflikten und Beratertätigkeiten« vorzuwerfen seien. Er willigte daraufhin ein, seine Zusammen-

arbeit mit der Pharmaindustrie einzuschränken. Als 2008 weitere Interessenkonflikte zu Tage traten, legte er die Leitung des Fachbereichs nieder, und die Universität untersagte ihm für zwei Jahre, NIH-Fördergelder zu beantragen. Nemeroff wechselte an die University of Miami, wo er nun als Fachbereichsleiter einem Projekt vorsteht, das mit 400 000 Dollar von den NIH unterstützt wird.

Nach diesen Kongressanfragen erließen die NIH neue Richtlinien, denen zufolge Fördergeldempfänger ihren Arbeitgebern alle finanziellen Beziehungen ab einem Geldwert von 5000 Dollar offenlegen müssen. Zudem sind die Einrichtungen jetzt verpflichtet, jegliche Interessenkonflikte von Personen zu veröffentlichen, die in NIH-finanzierten Forschungsprojekten mitarbeiten. Dies sorgt zwar für mehr Transparenz, ändert aber nichts daran, wer für das Aufdecken solcher Konflikte zuständig ist und wie in ethischen Streitfällen verfahren wird.

Die einzige Hoffnung, das Problem zu lösen, ruht auf den Forschern selbst. Wissenschaftler können Druck auf ihre Kollegen ausüben, kein Geld von Pharmafirmen anzunehmen: etwa über die Gutachter von Fachzeitschriften, deren Ruf durch verzerrte Publikationen leidet, oder über Fachverbände, die ethische Standards für Wissenschaftler setzen. Zumindest können sie ihre Kollegen davon überzeugen, dass es langfristig in ihrem eigenen Interesse ist, keinerlei Zahlungen von Pharmaunternehmen zu verschweigen.

Im Fall Robert Lindsays hätten der Fachverband National Osteoporosis Foundation und die Fachzeitschrift »Osteoporosis International« eingreifen können. Wären sie willens und fähig gewesen, den mutmaßlichen finanziellen Verstrickungen des Forschers nachzugehen? Eine Person, die man danach fragen könnte, wäre der frühere Präsident der National Osteoporosis Foundation und jetzige Chefredakteur von »Osteoporosis International«: Robert Lindsay. 

DER AUTOR



Charles Seife ist Professor für Journalismus an der New York University und Autor mehrerer Sachbücher über Mathematik und Kosmologie.

WEBLINKS

<http://projects.propublica.org/docdollars>
Datenbank der Journalistengruppe ProPublica (englisch)

<http://dida.library.ucsf.edu>
Datenbank mit internen Dokumenten der Pharmaindustrie, die fragwürdige Geschäftspraktiken offenlegen (englisch)

www.scientificamerican.com/dec2012/drug-research
Links zu Dokumenten und Studien, die der Autor für die Recherche heranzog (englisch)

Diesen Artikel sowie weiterführende Informationen finden Sie im Internet: www.spektrum.de/artikel/1192441